

10 Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Protokoll vom  
30. 10. 1943

Protokoll der 5. Sitzung des Vororts im Vereinsjahr 1943/44 vom 30. Oktober 1943, 10.20 Uhr, in Zürich.

Anwesend sind die Herren Dr. Hans Sulzer, Präsident, der den Vorsitz hat; Dr. C. Koechlin, Vizepräsident, A. Pictet, Dr. Hug, Caspar Jenny, R. M. Naef und Dr. L. Bindschedler, Mitglieder des Vororts. Vom Vorortsbureau sind anwesend die Herren Direktor Dr. H. Homberger, Dr. P. Aebi, Dr. H. Herold, Dr. E. Frey (am Vormittag) und Dr. E. Geyer, der das Protokoll führt.

Anwesend ist ferner Herr Dr. Otto Steinmann, Vizepräsident des Zentralverbandes Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen.

Entschuldigt ist Herr H. Wachter.

[...]

1. *Stand der Verhandlungen mit den Alliierten.*

Herr Dr. *Homberger* referiert: Schon in der letzten Sitzung hat Herr Dr. Homberger die drohenden Spannungen mit den Alliierten angedeutet. Das Abkommen mit Deutschland hat im Oktober noch nicht richtig anlaufen können. Dies hängt mit der Neuorganisation zusammen, die infolge der Ausfuhrkontingentierung notwendig wurde, wobei die neue an die alte, unter andern Voraussetzungen aufgebaute Organisation anknüpfen muss. So konnte in der Maschinenindustrie bis jetzt mit der Zuteilung von Kontingenten an die Firmen noch nicht begonnen werden. Gewisse Anordnungen mussten ausserdem auf Grund neuer Feststellungen eine Anpassung erfahren. Die weitere Bearbeitung der durch das Abkommen mit Deutschland aufgeworfenen Fragen erfolgt nun mit der alliierten Seite, die während den Verhandlungen durch die Commission mixte laufend orientiert worden war, obwohl gegenteilige Gerüchte, die anscheinend aus dem alliierten Konsularcorps stammen, herumgeboten werden. Die Alliierten wurden aber auch durch ein ausführliches Memorandum über das Abkommen unterrichtet. Sie haben weiter das Zirkular des Vororts erhalten, damit niemand sich ein Verdienst daraus machen kann, es ihnen in die Hand zu spielen. Aus Fragen, die in der Commission mixte gestellt wurden, lässt sich entnehmen, dass die Alliierten das Abkommen studiert und auch verstanden haben.

Die Reaktion auf das Abkommen war, soweit sie bisher erfolgt ist, relativ mild. Die Alliierten machten uns aber eindringlich darauf aufmerksam, dass nach dem Krieg den besiegten Ländern finanzielle Verpflichtungen auferlegt würden. Die Verpflichtungen der Besiegten gegenüber den Neutralen aus Krediten würden bestenfalls an den Schluss aller Forderungen gestellt. Daneben machte man darauf aufmerksam, dass neue Kredite den Export nach Deutschland erleichtern würden und dass dies für die künftigen Verhandlungen mit den Alliierten eine Belastung darstellen werde. Was diese Verhandlungen anbelange, sei es zweifelhaft, ob der Moment sehr günstig sei. Die Situation ändere sich fortwährend. Die Fortschritte der Alliierten in Italien würden früher oder später zu einer völlig neuen Situation führen, worauf sich die

Schweiz ebenfalls neu einstellen müsse. Es wurde aber beigefügt, wenn die Schweiz dringend Verhandlungen begehre, so sei man bereit, eine Delegation zu empfangen. Die Schweiz hat aber seit langem gewünscht, eine Delegation nach London senden zu können. Es wird aber jetzt von den Alliierten verlangt, diese Delegation müsse in der Lage sein, nicht nur über die gegenwärtige, sondern auch über die *neue Situation* zu verhandeln, die sich ergeben werde, wenn einmal die schweizerische Grenze nicht mehr vollständig von Deutschland kontrolliert werde.

Inzwischen hat sich aber eine neue Situation ergeben durch die scharfe Zuspitzung der englisch-amerikanischen *Einmischung bei schweizerischen Firmen*, neuerdings neben solchen der Maschinenindustrie auch Unternehmungen der Décolletage. Die einzelnen Unternehmungen werden durch die Drohung mit der schwarzen Liste unter Druck gesetzt und es wird ihnen zugemutet, sich zu verpflichten, weniger nach Deutschland zu exportieren als es die staatsvertraglich abgemachten Kontingente gestatten. Diese Kontingente sind aber, bevor sie mit den Deutschen vertraglich geordnet waren, mit den Alliierten vereinbart worden. Es wurde nichts abgemacht, bevor nicht die Alliierten ihre ausdrückliche Zustimmung gegeben hatten. Durch die gegen einzelne Firmen ergriffenen Massnahmen werden die vertraglichen Abmachungen von Regierung zu Regierung sabotiert. Das ist unhaltbar. Der Gesandte in London wurde beauftragt, die Blockadebehörden darauf aufmerksam zu machen, dass ein solches Verhalten nicht angehe. Der gleiche Standpunkt wurde in der Commission mixte mit Energie vertreten. Die englisch-amerikanische Seite lehnt aber die schweizerische Unvereinbarkeitsthese ab, da die schwarze Liste und die vertraglichen Abmachungen ganz getrennte Dinge seien. Immerhin zeigte sich in der Commission mixte ein gewisses Verständnis. Die alliierten Vertreter stellten sich aber grundsätzlich ebenfalls auf den Standpunkt, dass die schwarze Liste und die staatsvertraglichen Vereinbarungen nichts miteinander zu tun hätten. Die Ausfuhrkontingente nach Deutschland seien für die Alliierten von Anfang an unbefriedigend gewesen, sodass sie sich zusätzliche Massnahmen stillschweigend vorbehalten hätten. Schliesslich wurde immerhin zugestanden, dass die englisch-amerikanischen Methoden im Hinblick auf das Verhältnis der Schweiz zu Deutschland nicht unanfechtbar seien, dass aber gegenüber den *andern Achsenstaaten* eine Ausfuhrbeschränkung nicht erfolgt sei. Die Alliierten haben aber den schweizerischen Vorschlag auf die Begrenzung der Exporte nach diesen Staaten auf 100% seinerzeit angenommen. Nachträglich wirft man uns nun vor, dass wir nicht abgebaut hätten. In der Commission mixte wurde schliesslich angedeutet, man könne sich vielleicht einigen, wenn die Lieferungen nach den andern Achsenländern ebenfalls reduziert würden.

Schweizerischerseits hat man sich angesichts der Gefahr, vor allem für die Maschinenindustrie, entschlossen, auch die Ausfuhr nach den übrigen Achsenstaaten zu reduzieren. Wieweit die alliierten Vertreter in der Commission mixte einen Auftrag in dieser Richtung hatten, weiss man nicht. Die Schweiz hat aber den Alliierten den Vorschlag gemacht, in den Positionen, in welchen der Export gegenüber Deutschland abgebaut wurde, auch gegenüber den andern Achsenmächten Reduktionen eintreten zu lassen, obwohl uns das in eine sehr schwierige Lage gegenüber verschiedenen Ländern bringe, mit denen Lieferungen bereits eingeleitet seien.

Ein entsprechender Vorschlag wurde nach London geleitet, wo er aber als ungenügend bezeichnet wurde. Noch schwerer wiegt, dass der schweizerische Standpunkt

hinsichtlich der Einmischung in die einzelnen Betriebe scharf abgelehnt wurde. Die Alliierten erklären in aller Form die Blockadeabmachungen und die schwarze Liste als Dinge für sich, die nichts miteinander zu tun hätten. Die von der Schweiz vorgeschlagenen weitem Verhandlungen werden nicht abgelehnt. Die Alliierten setzen aber voraus, dass ihnen neue Abmachungen zwischen den Regierungen über die Blockade mehr bieten müsste als das, was sie bekommen könnten, wenn sie die einzelnen Formen individuell unter Druck setzen. Die Türe zu Verhandlungen ist also nicht ganz geschlossen, aber auch nicht weit geöffnet.

Den Ausweg können wir aber nur durch weitere Verhandlungen zwischen den Regierungen finden. Das verlangt aber Zeit. Inzwischen sind die Einmischungen gegen die repräsentativsten und grössten Firmen, von deren Verhalten der stärkste Effekt erwartet wird, besonders konzentriert weiter gegangen. In einzelnen Fällen haben diese Einmischungen ultimative Form angenommen, indem Fristen von wenigen Tagen gesetzt wurden.

Die schweizerische Verhandlungsdelegation ist nun zum Schluss gekommen, ein *gesetzliches Verbot der Unterzeichnung von Verpflichtungen durch Firmen* müsse erlassen werden. Gewisse Ansätze dazu bestanden schon seit dem 2. November 1939. Ein Rundschreiben des Vororts vom 4. Dezember 1941 gibt darüber Aufschluss und gibt heute noch den rechtlichen Stand der Materie zutreffend wieder. Die Rechtslage ist aber nicht sehr befriedigend. Auch heute sollen nicht alle Verpflichtungen verboten werden, sondern nur die, die mit schweizerischen Vorschriften über die Ein- und Ausfuhr kollidieren. Untersagt soll jede Art der Verpflichtung werden, auch die stillschweigende, ebenso die Veranlassung Dritter zu solchen Verpflichtungen. Es soll also den Firmen verboten werden, die Verpflichtung einzugehen, von Exportmöglichkeiten keinen oder keinen vollen Gebrauch zu machen, die ihnen nach den schweizerischen Bestimmungen offen stehen.

Der Bundesrat hat materiell dieser Massnahme bereits zugestimmt. In formeller Beziehung ist der Beschluss aber noch nicht gefasst worden, weil man noch auf eine Besprechung zwischen dem Chef des Eidg. Politischen Departements und dem britischen Gesandten Rücksicht nehmen wollte. Man hat sich deshalb vorläufig darauf beschränkt, die Alliierten über die schweizerische Absicht zu unterrichten, um an diese Mitteilung die Erwartung zu knüpfen, dass es doch noch möglich sein werde, zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen, bei der die Alliierten dann auf eine direkte Einmischung, wenigstens de facto, verzichten würden. Das Verbot selber ist ja noch keine Lösung.

Man kann die Firmen unmöglich sich selber überlassen. Wenn einzelne Firmen unterzeichnen würden, so würden die Deutschen das bald genug vernehmen und mit Gegenmassnahmen antworten. Sie könnten die Belieferung mit Kohle und Eisen und die Erteilung von Geleitscheinen ebenfalls von undertakings abhängig machen. Dann würde nicht mehr die schweizerische, sondern es würden ausländische Regierungen die Regierungsgewalt in unserem Lande ausüben. Das wäre eine unmögliche Situation. Dr. Homberger persönlich hätte die Veröffentlichung des Verbotes lieber nicht zurückgestellt. Die Sache muss jetzt einmal durchexerziert werden. Wenn wir uns nicht wehren, so werden einfach neue Forderungen kommen.

Den Alliierten wurde die Bereitwilligkeit erklärt, neue Einschränkungen der Lieferungen an die Achse vorzunehmen, vorausgesetzt, dass die Alliierten auf die Einmi-

schung verzichten und unsere Versorgung weiter ermöglichen. Die weitergehenden Verpflichtungen denkt man sich in zwei Richtungen: in der Zahl der Positionen und ferner durch eine prozentual stärkere Reduktion. Die Durchführung dieser stärkern Reduktion ist überaus schwierig. Der Vorort prüft gegenwärtig zusammen mit der Maschinenindustrie, was noch getan werden könnte, wobei rasche Ergebnisse nötig sind.

Was hier vorbereitet wird, nimmt die künftigen Verhandlungen mit *Deutschland* teilweise vorweg, da wir dann bis zu einem gewissen Grad gebunden sind. Je nachdem kann sogar das geltende Abkommen, trotz aller Vorsicht, mit der es formuliert worden ist, tangiert werden. Die Schweiz hat sich für die Positionen, die zur Diskussion stehen, den Deutschen gegenüber nicht gebunden. Juristisch sind wir frei. Die Deutschen besitzen darüber sogar eine schriftliche Mitteilung. Wie sich neue Einschränkungen aber *tatsächlich* auswirken, ist noch eine durchaus offene Frage. Die zu ergreifenden Massnahmen sollten aber so ausgewogen sein, dass sie nach beiden Seiten tragbar sind.

Aus London ist soeben noch eine Antwort auf unseren Vorschlag eingegangen. Dr. Homberger kennt sie noch noch [gemeint ist wohl: noch nicht] im Detail. Sie scheint aber die Situation noch zu erschweren. Weitere Verhandlungen werden nicht abgelehnt, ja sogar Vorschläge erwartet. Doch müssten die Verhandlungen der alliierten Organe mit den einzelnen Firmen weitergeführt werden. Das Verbot von undertakings kann so plötzlich unaufschiebbar werden. Man hat der Maschinenindustrie zwar mitgeteilt, dass die Angelegenheit beim Bundesrat liege und dass die Firmen nicht ermächtigt seien, Verpflichtungen zu unterzeichnen. Doch ist diese Mitteilung kein rechtswirksames Verbot, während ein solches nach dem neuen Strafgesetzbuch mit Bussen bis zu unbeschränkter Höhe bedroht werden könnte.

Wir müssen uns auch besinnen, ob wir die allgemeinen Verhandlungen heute überhaupt aufnehmen können. Die Alliierten wollen das Schwergewicht der Verhandlungen auf ein anderes Gebiet verlegen als wir, auf die Anpassung an die neuen Verhältnisse, die aber noch gar nicht bestehen. Auch das Wiederaufleben des enemy content könnte alle unsere Bemühungen zunichte machen. Wir müssen auch diesen schlimmen Entwicklungen ins Auge sehen, um ihnen kaltblütig begegnen zu können. Der *Vorsitzende*: Die Ausführungen von Dr. Homberger zeigen, wie schwierig die Situation ist, nachdem sich die Alliierten nicht mit den Abmachungen der Regierungen begnügen. Es ist klar, dass der Staat nicht dulden kann, dass der Wirtschaftskrieg auf diese Weise in unser Land getragen wird. Im letzten Krieg schon haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, dass wir mit beiden Seiten Abkommen treffen, aber die Kontrolle selber führen wollten. Die Schweiz hat im gegenwärtigen Krieg Organisationen wie die seinerzeitige SSS und ihr Gegenstück nicht dulden wollen. Die gegenwärtigen Einmischungen sind besonders schwer, da sie Vereinbarungen zwischen Staat und Staat verletzen. Die Einmischungen beziehen sich auf Firmen ohne Rücksicht auf ihre allgemeine Geschäftspolitik. Die Firmen haben sich gewehrt, der Bundesrat zögerte aber mit seiner Hilfe etwas lange. Nun werden auch Firmen bedrängt, die nie Kriegsmaterial nach den Achsenmächten geliefert haben und die sogar Nachteile und schwere Spannungen gegenüber Deutschland in Kauf nahmen. Nun können nach der andern Seite sehr schwierige Situationen entstehen.

Die Verhältnisse sind seinerzeit durch die Vorgriffe der Deutschen stark verschärft

worden, als deutscherseits Bestellungen über das im alten Abkommen vorgesehene Mass hinaus vergeben wurden. Diese Vorgriffe dürften den Hauptanlass zur Verschärfung der heutigen Situation gegeben haben. Auch hat die Schweiz tatsächlich grosse Quantitäten Kriegsmaterial geliefert.

Herr Dr. *Koechlin*: Die einzige richtige Konsequenz ist, dass wir nun fest bleiben müssen und verhindern, dass die einzelnen Industriezweige zum Spielball der Alliierten und nachher auch der Deutschen werden. Es ist zu bedauern, dass der Bundesrat nicht rascher gehandelt hat. Die Schwierigkeiten, in die auch die Firma Sulzer nun geraten ist, müssen unsern Präsidenten aus verschiedenen Gründen besonders schwer bedrücken. Wenn sich vollziehen sollte, was befürchtet werden muss, so ändert sich an der Einstellung des Vororts, der Schweizerischen Handelskammer und der Wirtschaft gegenüber unserem Präsidenten nicht das geringste. Wir werden vielmehr darin bestärkt werden, den Alliierten zu zeigen, dass wir uns durch solche Massnahmen nicht beeinflussen lassen. Wir nehmen Anteil an der Sorge, die auf unserem Präsidenten lastet.

Der *Vorsitzende* verdankt diese Worte, die er in der gegenwärtigen schweren Situation zu schätzen weiss.

Herr *Pictet*: Bestimmte Banken befinden sich schon längst in ähnlichen Schwierigkeiten. Die Firma von Herrn Pictet hat nie mit Deutschland Geschäfte gemacht. Man verlangt nun aber von ihr die Namen der französischen Kunden. Seit 6 Monaten droht ihr die schwerste Krise. Alle Telegramme nach dem Ausland werden kontrolliert. Auch andere Privatbanken sind in ähnlicher Lage. Die Situation ist vielleicht noch kritischer als bei Industriefirmen.

Der *Vorsitzende*: Die Firma Sulzer hat ihre Geschäftstätigkeit in einem einlässlichen Exposé zuhanden der Alliierten dargelegt. Die Alliierten sollten eigentlich anerkennen, dass sie nach der Achse kein Kriegsmaterial geliefert hat. Trotzdem wurde sie nun als Opfer ausgesucht.

Herr *Jenny*: Unsere Oeffentlichkeit ist gegenüber den englischen Forderungen viel zu nachgiebig.

Der *Vorsitzende*: Wenn nach der Achse viel Kriegsmaterial geliefert wurde, so ist nicht zu vergessen, dass die schweizerische Aufrüstung mit Material erfolgt ist, das aus Deutschland eingeführt wurde. Ohne Gegenleistungen ging es nicht ab.

Herr Dr. *Homberger*: Der Bundesrat hat materiell beschlossen, die individuellen Verpflichtungen zu verbieten. Nur über den Zeitpunkt bestehen Meinungsverschiedenheiten. Die Massnahme ist unerlässlich, obwohl die Konsequenzen sich noch nicht absehen lassen. Vielleicht werden die weitem Verhandlungen dadurch erschwert.

Die Spekulation der Alliierten auf die schweizerische öffentliche Meinung muss auch einmal behandelt werden. Was sich der Atlantik-Sender erlaubt, ist bald nicht mehr tragbar. Er bringt Meldungen, als ob die Schweiz einspringe, um den Produktionsausfall in Deutschland infolge der Bombardierungen auszugleichen. Dr. Homberger hat in Bern erklärt, dass auf diesem Gebiet etwas geschehen müsse. Der Atlantik-Sender ist offensichtlich englisch.

Der *Vorsitzende* hat Herrn Kohli telephonierte, dass gegen diesen angeblich anonymen Sender etwas unternommen werden müsse.

Herr Dr. *Koechlin* wirft personelle Fragen der Gesandtschaft in London auf, worüber sich eine länger Diskussion entspinnt.

Der *Vorsitzende* hebt die grossen Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit den Engländern hervor. Die Kompetenzen sind dort sehr verteilt. Man kann nie mit allen Ministerien gemeinsam verhandeln. So entstehen stets Kompetenzschwierigkeiten, die sich ausserordentlich lähmend auswirken.

Herr Dr. *Bindschedler* bestätigt, dass die Schweizer gegenüber den englischen und amerikanischen Konsularbehörden viel zu nachgiebig sind. Die Engländer und Amerikaner müssen den Eindruck bekommen, dass sie die Sympathien der Schweiz auf keinen Fall verlieren werden, auch wenn sie in ihrer Einmischung und ihren Massnahmen des Wirtschaftskrieges noch viel weiter gehen als bisher. Wer die Souveränität der Schweiz hochhält, muss für energische Massnahmen gegen die Einmischungen eintreten. Die andere Seite darf nicht den Eindruck bekommen, dass die Schweiz sich nicht mehr getraue, mit Bestimmtheit aufzutreten.

Was den Atlantik-Sender anbelangt, wirken Dementis in der Presse nicht genügend. Eine positive Gegenklärung sollte am schweizerischen Radio einsetzen. Von Protesten in London kann man nicht zu viel erhoffen.

[...]

*Quelle:* AfZ, IB SHIV/Vorort, 1.5.3.12, S. 2–11. Siehe S. 250 (Anm. 478).